



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039 890

P/X/83 - 12.4.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

|   |      |
|---|------|
| Der Westen blickt nach Moskau               | S. 1 |
| Zu Franklin D. Roosevelts sechstem Todestag | S. 3 |
| Das neue Wahlgesetz von Baden-Württemberg   | S. 5 |

## Der Zwang zum Verhandeln bleibt

sp - Es ist jetzt kaum noch ein Zweifel mehr möglich, dass die englisch-russischen und französisch-russischen Bündnis- und Freundschaftsverträge von 1942 bzw. 1944 von Moskau in aller nächster Zeit gekündigt werden. In beiden Verträgen verpflichteten sich die Partner "nach Beendigung des Krieges mit Deutschland gemeinsame erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine neue Bedrohung von seiten Deutschlands zu verhindern", so im englischen Vertrag, ganz ähnlich im französischen. Die sowjetische Regierung ist - sie hat diesen ihren Standpunkt schon wiederholt bekanntgegeben - der Auffassung, dass die Pariser Verträge mit jenen früheren Abmachungen aus der Zeit des Krieges unvereinbar sind, da sie einen Teil Deutschlands an ein Bündnissystem binden, das die Sowjetunion als gegen sich gerichtet betrachtet.

Wenn der angekündigte sowjetische Schritt in London und Paris als "ungerechtfertigt" bezeichnet wird, so wird diese Kennzeichnung den Tatsachen nicht gerecht. Denn in Wirklichkeit hat die Entwicklung nach dem Kriegsende allmählich zu einer Situation geführt, die von derjenigen grundverschieden ist, in der jene Verträge abgeschlossen wurden. Ihr Inhalt ist heute eindeutig überholt und gegenstandslos geworden. Die Kündigung würde also im Grunde keinen neuen politischen Tatbestand schaffen, sondern nur einen seit Jahren unbestrittenen Sachverhalt, den der Kalte Krieg bestätigt, das heißt den Umstand, dass sich die Siegarkalition des zweiten Weltkrieges in eine politische Gegnerschaft von beklemmendem Ausmaß verwandelt hat. Insofern hat die Moskauer Ankündigung auch nirgendwo Überraschung hervorrufen können. Es ist nicht einmal wahrscheinlich, dass die Sowjets selbst von der Kündigung dieser weit zurückliegenden Verträge irgendwelche für sie nützlichen politischen Folgen erwarten.

Als Kampfansage und Kampfmaßnahme gegen die Verwirklichung der Pariser Verträge hat das sowjetische Vorgehen also kaum Bedeutung. Für die weitere internationale Entwicklung wird sehr viel mehr von den Antworten auf zwei andere Fragen abhängen:

1. Wird der Aufenthalt der österreichischen Staatsmänner in Moskau ein Erfolg werden, der wirklich eine grundlegende Änderung für ihr Land bedeutet?
2. Wird die Viererkonferenz - als deren früheste Termine soeben der französische Ministerpräsident Faure den Juni und der amerikanische Außenminister Dulles den Juli genannt haben - auch eine Konferenz über die Möglichkeiten der deutschen Wiedervereinigung sein?

Jedenfalls ist der Zwang zum Verhandeln für beide Seiten unausweichlich und es ist von großer Bedeutung, dass dies auch nach Ansicht der unmittelbar Beteiligten, also der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, so ist. Wie immer die sowjetisch-österreichischen Gespräche im Krenl verlaufen werden - ihre Ergebnisse werden erheblich dazu beitragen, den Schleier zu lüften, der heute noch über den sowjetischen Absichten liegt. Aber es wird auch eine andere Unklarheit behoben werden können: Sollte es zu einer Einigung über den Status Österreichs zwischen der Sowjetregierung und der Wiener Delegation kommen, so wird es hochinteressant und sehr aufschlußreich vor allem auch für alle Bewohner des zweigeteilten Deutschlands sein, zu erfahren, wie sich der Westen zu einer solchen Einigung stellt. Dafür, dass sie nicht auf Kosten der österreichischen Unabhängigkeit und der freiheitlichen Lebensordnung in diesen Lande gehen wird, bieten die Männer eine sichere Gewähr, die diese Verhandlungen auf österreichischer Seite führen.

Sie haben, seitdem sie auf das Angebot Moskaus eingingen, Mut und Entschlossenheit gezeigt und sie haben vor allem selbständige und unabhängige Vorstellungen, von dem was sie wünschen, und zu erreichen gewillt sind, entwickelt. In Bonn wird seit einiger Zeit immer wieder nachdrücklich versichert, auch die Bundesregierung sei um eine tragfähige Verhandlungsgrundlage für eine kommende Viererkonferenz auch über die Deutschlandfrage mit Eifer bemüht. Das entspräche nur der dringenden Aufforderung des Bundestages an sie, wie sie nach der Schlußabstimmung über die Pariser Verträge in einer gemeinsamen EntschlieÙung ihren Niederschlag fand. Es wäre sehr zu wünschen, dass die Bundesregierung bei dieser vorbereitenden Arbeit ein gleiches MaÙ von unabhängigen Denken unter Berücksichtigung der besonderen deutschen Situation entwickelte, wie das die österreichischen Staatsmänner im Hinblick auf ihr Land offenkundig getan haben.

\*

\*

- 3 -

\*

## Roosevelt und die Gegenwart

O.L., New York, Mitte April

Zehn Jahre nach seinem Tode - der Präsident starb am 12. April 1945 - ist Franklin Roosevelt unter seinen Landsleuten so leidenschaftlich umstritten, als wäre er nicht einer der geistigen Helden der amerikanischen Geschichte, sondern ein Kandidat für die Präsidentschaft, mitten im Parteikampf. Es ist sicher, dass die Jalta-Dokumente den Kampf, den die Republikaner gegen den lebenden Roosevelt niemals gewinnen konnten, neu beleben sollten, den postumen Kampf gegen seine fortschrittlichen Ideen, vor allem aber gegen seine geschichtliche Rolle. Wenn in der deutschen Heldensage die gefallenen Helden noch in Walhall weiterkämpfen, so versucht in der amerikanischen Politik die Opposition die Erinnerung an die Präsidenten, die das Land in den zwei größten Kriegen führten - und ihm dadurch zur unbestrittenen Weltmacht-Position verhalfen - zu verkleinern, zu beeinträchtigen. So ging es Wilson, so geht es Roosevelt.

### Der Irrtum von Jalta

Es unterliegt keinem Zweifel, dass viele Hoffnungen, die Roosevelt an den Ausgang des Zweiten Weltkrieges knüpfte, nicht in Erfüllung gingen. Es unterliegt ebenso keinem Zweifel, dass manche der Vorstellungen, die er in der Leidenschaft des Kampfes gegen Hitler entwickelte, gegenüber den Realitäten der Nachkriegszeit nicht standhielten. Es wäre müßig, heute darüber zu spekulieren, was Roosevelt getan hätte, wenn er mit Stalins Haltung nach dem Krieg konfrontiert gewesen wäre. Es ist noch müßiger, darüber Vermutungen anzustellen, wie sich die russische Politik entwickelt hätte, wenn Roosevelt gelebt, die große Anleihe an die Sowjetunion hätte durchsetzen und damit gewisse wirtschaftliche Tatsachen hätte schaffen können, denen sich auch Stalin hätte beugen müssen. All das ist heute müßiges Rätselraten.

Aber es ist ebenso ungeschichtlich und sinnlos, alles, was in Jalta oder während des Krieges geschah, ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des gegenwärtigen Augenblicks zu sehen. Die militärischen Tatsachen während eines Krieges sind so zwingend, dass man die Lage völlig mißverstehen würde, wenn man sie aus einer späteren Situation zu verstehen sucht, in der eben die militärische Zwangslage nicht mehr besteht. Roosevelt war während der Jalta-Konferenz gewiss nicht auf der Höhe seiner Diplomatie und seiner Geschicklichkeit. Aber für ihn war entscheidend, dass die militärischen Berater ihm mitgeteilt hatten, dass der Krieg gegen Japan noch achtzehn Monate nach dem Ende des damals bereits unzweifelhaften Sieges über Hitler dauern und Verluste von beinahe einer Million amerikanischen Soldaten kosten werde. Das wollte der Präsident eines Landes, in dem das Menschenleben einen ungeheuren Wert hat, vermeiden. Darum erkaufte er von Stalin, der solche Hemmungen nicht haben mußte - und überdies entschlossen war, die Kaufsumme nicht zu leisten -, die sowjetische Intervention in Japan durch Zugeständnisse. Es war ein Irrtum der militärischen Einschätzung, es war überdies ein menschlicher Irrtum.

## Politik für den Menschen

Dieser Irrtum ist für den Menschen Roosevelt kennzeichnend. Für seine Politik mit allen ihren Schwankungen und Irrtümern, die eine spätere Generation objektiver beurteilen wird als die nun von den Republikanern mit den Kunststücken von Inseraten-Fachleuten beeinflusste öffentliche Meinung des heutigen Amerika, ist eines kennzeichnend: dass für ihn der Mensch, das Individuum, das höchste Gut darstellte und dass er in Amerika eine Ära einleitete, in der der Mensch, die menschliche Arbeitskraft, die menschliche Würde des Farmers, der menschliche Drang nach Kultur eine Bedeutung erreichte, wie nie zuvor in der Geschichte dieses Kontinents.

Roosevelt war gewiss kein Sozialist. Seine Politik bei seiner Amtsübernahme war ausschließlich vom Bestreben geleitet, die größte Krise, die die amerikanische Wirtschaft je erlebt hatte, zu überwinden und dabei die kapitalistische Wirtschaft zu konservieren. Was er in der Periode zwischen 1933 und 1936 an neuen Maßnahmen erzwang, war vor allem darauf bedacht, dem Ameriener auf der Straße, dem Arbeitslosen, der an einer Straßenecke Äpfel verkaufte, um sich ein paar Cents zu verdienen, dem Farmer, der seine Habseligkeiten zusammenpackte, seine Farm verließ und sich auf die Wanderschaft begab, Würde und Stabilität wiederzugeben. Und aus Respekt vor der Würde des Individuum schreckte er vor kollektivistischen Massnahmen nicht zurück. So wurde die Roosevelt'sche Sozialpolitik geboren, so wurden Wirtschaftskontrollen eingeführt, so wurden die Farmgesetze geschaffen, die die freien Marktgesetze für landwirtschaftliche Produkte so gut wie abgeschafft, aber dafür den amerikanischen Farmer alle Güter wirtschaftlichen Wohlstandes und der Kultur gegeben haben. So wurden Einrichtungen wie das TVA geschaffen, das zu einer Halbierung des Strompreises in ganz Amerika geführt hat.

Als Roosevelt Präsident wurde, hatten die amerikanischen Gewerkschaften insgesamt kaum mehr als dreieinhalb Millionen Mitglieder. Sie sind heute eine Armee von ungefähr sieben Millionen geworden. Roosevelt kam nicht aus der Arbeiterbewegung und gehörte ihr auch nicht an. Auch nicht die Führer der Gewerkschaftsbewegung selbst haben die Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung so nachhaltig beeinflusst wie dieser Aristokrat. Erst unter seiner Präsidentschaft wurden die gesetzlichen Werkzeuge geschmiedet, deren sich die Gewerkschaften bedienen konnten, um in die ihnen bisher verschlossenen Betriebe der amerikanischen Massenproduktionsindustrien einzudringen. Erst die Roosevelt-Ära hat das politische Interesse der Arbeitermassen geweckt und die Gewerkschaften auch genötigt, sich nachdrücklich für Politik zu interessieren.

All das ist heute nicht Vergangenheit, auch nicht sentimentale Erinnerung an jemand, der vor einem Jahrzehnt starb und nun eine geschichtliche Gestalt ist. All das ist heute in den Vereinigten Staaten - und weit über ihre Grenzen hinaus - lebendigste Gegenwart: der Inhalt der großen Kämpfe um weiteren Fortschritt oder um Rückschritt hinter Roosevelt. Die Generaloffensive gegen Roosevelt hat wieder einmal begonnen - nicht nur mit der Veröffentlichung der Jalta-Dokumente, sondern mit einer zum Teil versteckten und zum größeren Teil offenen Attacke gegen die wichtigsten Konsequenzen des Fortschritts, den er durch seine Politik ermöglicht hat. Zehn Jahre nach seinem Tod ist Franklin Roosevelt nicht nur unstritten wie ein gegenwärtiger, sondern ein lebendes Symbol im Kampf um die Zukunft.\* \* \*

Landesliste geht über Bord

H.D.-Stuttgart

Wenn der badisch-württembergische Landtag Ende April das neue Landeswahlgesetz verabschiedet, wird es keine Diskussionen mehr geben. Die Unterhändler der All-Parteien-Koalition haben gut gearbeitet und kurz vor Ostern einen Kompromiß gefunden, der eine breite Unterstützung des Gesetzes garantiert. Von den 121 Abgeordneten des Landtags werden die 50 Stimmen der CDU, die 38 der SPD und ein wesentlicher Teil der 21 Stimmen der FDP dem Gesetz zu einer soliden Zweidrittelmehrheit verhelfen, obwohl diese nicht einmal zwingend ist. Nur der BHE mit seinen sechs Abgeordneten und rund ein Dutzend Abgeordnete der FDP dürften sich entweder gegen das Gesetz aussprechen oder Stimmenthaltung üben.

Die Gegnerschaft des BHE resultiert aus dem Fortfall der Landesliste. Das neue Landtagswahlgesetz kennt nur in Kreisen gewählte Abgeordnete, ohne jedoch den nach der Verfassung zwingenden Proporz zu verletzen. Das relativ klare für den Wähler durchschaubare Gesetz sieht wieder 120 Abgeordnete vor, wovon 70 in Ein-Mann-Wahlkreisen direkt gewählt werden. Als gewählt gilt, wer relativ die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Die restlichen 50 Mandate werden nach dem Verhältnisprinzip (de Hond) errechnet und - da keine Landesliste besteht - in einer sogenannten "Zweitausteilung" an unterlegene Kreisbewerber vergeben. Hat eine Partei in direkter Wahl 10 Kreismandate errungen und stehen ihr nach dem Verhältnis 15 zu, so erhält sie die restlichen fünf in der Zweitausteilung. Und zwar rücken diejenigen ihrer Bewerber in den Landtag ein, die in direkter Wahl zwar unterlagen, im Vergleich mit allen anderen Bewerbern ihrer eigenen Partei aber immer noch die meisten Stimmen erhielten.

Sicherheit mit Fragezeichen

Dieser ausgeknobelte Wahlmodus erübrigt die Landesliste, ohne die Verfassung zu verletzen. Verfassungsrechtlich wird "... nach einem Verfahren gewählt, das die Persönlichkeitswahl mit den Grund-

sätzen der Verhältniswahl verbindet". Als die Sozialdemokraten vor drei Jahren in der verfassungsgebenden Versammlung des neuen Südweststaates zäh um diese Formel kämpften, schwebte ihnen Spezialisten jener Wahlmodus vor, der heute Gestalt erhält. Die oft als "Sanitätswagen" gekennzeichnete Landesliste fliegt mit all ihren Schwächen über Bord, in Baden-Württemberg als erstem Land der Bundesrepublik.

Damit fliegt über Bord die Sicherheit. Das trifft kleinere Parteien die keine "sicheren" Wahlkreise haben, graduell härter als die großen, dennoch ist die absolute Sicherheit, gewählt zu werden, in Zukunft für alle mit einem Fragezeichen versehen. Jeder Abgeordnete muß um seinen Kreis kämpfen. Das führt zu besserem Kontakt mit der Wählerschaft und fördert das demokratische Bewußtsein.

Die Gegnerschaft des BHE und der FDP sind in der mangelnden Sicherheit zu suchen. Beide wollen den Vorteil der Liste, im Schoße der Partei für gewisse Kandidaten absolut sichere Mandate im voraus zu bestimmen, nicht aufgeben. Sie sehen ein, dass sie durch die Zweitausteilung nicht weniger Sitze haben werden, sie wissen aber nicht wer dann von ihren Bewerbern in den Landtag einzieht. Und gerade das möchte der BHE vorausbestimmen. Die Gegnerschaft der FDP begann jedoch abzubreckeln, als SPD und CDU den Kompromiß vorschlugen, jedem Bewerber zu gestatten, in zwei Wahlkreisen zu kandidieren. Damit wurde die Hälfte der FDP gewonnen.

#### Jeder Bewerber hat einen Vertreter

Die Bewerbung in zwei Wahlkreisen stört deshalb auf keine Schwierigkeit, weil das Wahlgesetz - um Nachwahlen zu ersparen - als weitere Neuerung das System der Vertreter einführt. Sie werden mitgewählt und rücken nach dem Ausscheiden des Vorderrnannes in den Landtag ein. Jeder Bewerber darf jedoch nur einen Vertreter haben. Sollte ein in zwei Wahlkreisen aufgestellter Bewerber beide Kreise direkt erobern, so hat er dasjenige Mandat anzunehmen, das ihm mit höherer Stimmenzahl zugefallen ist. Im anderen Wahlkreis rückt sein Vertreter in den Landtag ein.

Die sogenannten Zweitmandate haben einen erheblichen Vorteil. Allen Parteien ist Gelegenheit gegeben, in die Domänen des Gegners einzubrechen. Totsichere Wahlkreise im Süden von Baden-Württemberg werden nun neben den auf Erbpacht in ihnen sitzenden CDU-Abgeordneten plötzlich Sozialdemokraten und Demokraten als weitere Kreisabgeordnete erhalten. In den Großstadt-Domänen der SPD werden dafür Vertreter der CDU als zweite Kreisabgeordnete zum Zuge kommen. Und ist das schade? Man verspricht sich davon eine Belebung des politischen Interesses der Bevölkerung.

Die 5 %-Klausel wird wahrscheinlich garantieren, dass der kommunistische Restposten von vier Abgeordneten, der sich in diesem Landtag noch befindet, abgebucht werden kann.

---

Verantwortlich: Peter Kaunau